

METHODEN DER POLITIKWISSENSCHAFT

Knelangen, Wilhelm und Tine Stein (Hrsg.). *Kontinuität und Kontroverse. Die Geschichte der Politikwissenschaft an der Universität Kiel*. Klartext Verlag. Essen 2013. 533 Seiten. 29,95 €.

Bekanntlich ist die Politikwissenschaft in Deutschland nach 1945 schon lange dem Laufstall universitärer Selbstbehauptungsrituale und -kämpfe entwichen. So ist nach circa sechzigjähriger organisierter Existenz ein Zustand eingetreten, aufgrund dessen sich die älteren politikwissenschaftlichen Institute beziehungsweise Seminare anschicken konnten, bei passender Gelegenheit runde Geburtstage zu feiern. So geschehen beispielsweise 2008 in Heidelberg, 2012 in Tübingen und 2011 eben in Kiel. Die entsprechende Erinnerungsarbeit mündet im Allgemeinen in einen Jubiläumsband, der die historische Entwicklung Revue passieren lässt. Fragt sich nur: Entwicklung von was? Des Lehr- und Forschungsgegenstandes „Politik“ überhaupt oder des jeweiligen Instituts/Seminars? Diese Frage ist durchaus legitim. In Heidelberg hat man sich mit der Institutsgeschichte begnügt, an anderen Orten wendet man weitaus größeren Ehrgeiz auf und tut sich gut daran, möglichst tief in die Vergangenheit zu steigen, um den starting point dessen, was als „Politische Wissenschaft“ denn gelten sollte, ausfindig zu machen. Der vorliegende Sammelband reiht sich in diese Tendenz ein, im Rahmen einer ausladenden Chronik die Traditionslinien der Kieler „Politischen Wissenschaft“ freizulegen und zu dokumentieren. Es wird der Nachweis zu führen versucht, die relative Kürze des Kieler Instituts mit einer „longue-

durée“ des Nachdenkens über „Politik“ in der institutionalisierten Form eines Universitätsbetriebes zu verknüpfen. Wie sonst üblich in Deutschland, ist auch in Kiel die Frühe Neuzeit mit der Ausbildung des Territorialstaates der Quellpunkt einer solchen Genealogie. Eingeleitet wird der Band mit einer Geschichte des Faches in Deutschland im Allgemeinen und in Kiel im Besonderen (*Knelangen/Stein*, 11-59). Die Herausgeber sprechen von einer „Politischen Wissenschaft“ „avant la lettre“, soweit diese vor der Gründung des Kieler Instituts betrieben worden ist (31-41). Sie heben die Vielfalt der Erkenntnisweisen und -ziele, Methoden, Begrifflichkeiten hervor, die bis Ende des 18. Jahrhunderts die Kieler Politiklehre ausgezeichnet haben: normative, historische, staatsrechtliche und integrativ wirkende staatswissenschaftliche Ansätze beherrschten das Feld. Es folgen die Grußworte des seinerzeitigen DVPW-Vorsitzenden *Hubertus Buchstein* (63-66) und die lesenwertes „persönlichen Anmerkungen“ des SPD-Politikers *Norbert Gansel* (67-92). Die Anfänge einer Lehre der Politik lokalisieren *Knelangen/Marco Lück* (95-110) in den Werken von Nikolaus Martini (1632-1713), Christoph Heinrich Amthor (1677-1721) und Friedrich Gentzke (1679-1757). Lehrte Martini Politik im Stile des Aristoteles, verbunden mit Elementen der neuzeitlichen Naturrechtslehre (100-102), vertrat Amthor eine Politik als „Staatsklugheitslehre“, die geradezu nach einer Art anwendungsorientierter Wissenschaft verlangte (103-107). Für Gentzke war der Staat ein Übel, der nur deshalb von den Menschen geschaffen worden sei, um sich vor noch größeren Übeln zu schützen (109). Die Kieler Staatswissenschaften im Übergang vom

18. zum 19. Jahrhundert, soweit sie sich mit Politik befassten, werden im Beitrag von *Knellingen* (111-126) an den Namen Wilhelm E. Christiani (1731-1793), Dietrich H. Hegewisch, dem Lehrstuhlvorgänger Dahlmanns, (1746-1812), Johann Chr. Fabricius (1745-1808), Valentin A. Heinze (1758-1801) und August C. H. Niemann (1761-1832) festgemacht, die unterschiedliche Akzente setzten: Christiani dachte historisch (116). Wie mäßig es mit den Kameralwissenschaften bestellt war, zeigt der „Fall“ Fabricius, der im Hauptberuf Insektologe war und die Kameralwissenschaften nur hilfswise lehrte (118). Heinze war Statistiker (119). Und der Kameralwissenschaftler Niemann fasste sein Fach durchaus als ein „politisches“ auf: das „Wohlsein“ einzelner und aller stand im Zentrum (121). Eine „Versöhnung von Politik und Recht“ glaubt *Utz Schliesky* im Werk von Niels Nicolaus Falck (1784-1850) ausgemacht zu haben (127-147), obwohl dieser nach heutiger Auffassung „nur als Staatsrechtler eingeordnet“ werden könne (127). Bei Falck wird deutlich gemacht, dass das Recht der politischen Herrschaft wesensmäßig vorgeschaltet ist (132). Falcks Verfassungsbegriff ist strikt historisch, so dass er fast schon Savigny vorwegnimmt. Seine historische Rechts- und Verfassungslehre kulminiert in dem Prinzip, dass die Gesamtheit aller vorfindbaren urkundlichen Rechtsbestimmungen das aktuell geltende Recht determiniert. Falcks Wahlspruch lautet: „Unkunde der Geschichte ist das Grab aller Verfassungen.“ (139). Wie selbstverständlich behandelt *Wilhelm Bleek* Dahlmann, freilich recht knapp (149-162). Insbesondere konzentriert sich der Autor auf Dahlmann als „Vater des Schleswig-

Holsteinismus“ (162). Mit Droysen, den *Knellingen* behandelt (163-179), tritt einer jener „politischen“ Historiker auf den Plan, von denen es im 19. Jahrhundert nur so wimmelte, aber von denen sich nur wenige als rezeptionswürdig erwiesen. Der Autor fasst ihn als Vertreter einer „praktischen“ Politikwissenschaft, weil Droysen von der politischen Realität ausgegangen sei, in der Macht und Störungen der Macht die Dinge lenkten (175), und nicht von letzten Prinzipien. Methodologisch ginge es ihm auch nicht um das Auffinden irgendwelcher verborgener geschichtlicher Gesetze. Neben Dahlmann ist Lorenz von Stein einer der ganz großen politischen Schriftsteller, die die Kieler Universität aufzuweisen hatte. *Joachim Krause* führt in seiner recht luziden Darstellung aus (181-208), dass von Stein die Hegel'sche Geschichtsphilosophie entscheidend weiterentwickelt habe. Innerhalb der Sphäre des Gesellschaftlichen verkündet Stein die Theorie einer harmonisierten Ordnung, in welcher die Mittelklasse zur tragenden Säule wird (201). Die Aufgabe des Staates sieht Stein in der Herstellung von Mobilität zwischen den gesellschaftlichen Klassen. Man dürfe Stein aber nicht als Vorläufer eines modernen Interventionsstaates ansehen (205).

Mit Wilhelm Hasbach (1849-1920), einem Scholler-Schüler, kommt ein politischer Schriftsteller zu Ehren, dessen vergleichend angelegtes dreibändiges Werk „Die moderne Demokratie“ von 1912 für die ältere politikwissenschaftliche Komparatistik noch ein Begriff sein wird (*Christian Patz*, 211-230). Das Charakteristische an dieser Studie besteht darin, dass sich Hasbach als entschiedener Gegner der parlamentarischen Demokratie zu erkennen gibt. Sein Konzept einer „sozialen Demo-

kratie“ induzierte konsequente sozial-reformerische Maßnahmen, aber das Modell einer „politischen Demokratie“ stellte für Hasbach eine Gefährdung sozialpolitischer Reformen dar, da hier der Irrationalismus politischer Partikularinteressen, organisiert in Parteien, das Zepter in der Hand hält (226). Ganz in der Nachfolge Steins könne nur der Obrigkeitsstaat der konstitutionellen Monarchie die Klammer bilden, die die staatliche Ordnung aufrechterhält. Die Tatsache, dass Hermann Heller in Kiel mit einer Arbeit über „Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland“ habilitiert wurde (1920), er aber nur relativ kurz in der Stadt weilte, schien wohl Grund genug gewesen zu sein, ihn mit einem eigenen Beitrag zu würdigen (*Michael Holldorf*, 231-255). Heller war zwar nicht im akademischen Bereich tätig; aber er war aktiv an der Niederschlagung des Kapp-Putsches in Kiel beteiligt und der SPD beigetreten. Beides wertet der Autor als Initialzündung für Hellers Hegel-Interpretation (234). Ebenso geht *Holldorf* auf Hellers Verhältnis zur Weimarer Staatsrechtslehre (247ff.) bzw. auf seinen „Einsatz für die Republik“ (252ff.) ein. *Carsten Schlüter-Knauer* sucht in den soziologischen und ökonomischen Schriften von Ferdinand Tönnies, einem der Großen der Kieler Universität zwischen Kaiserreich und Diktatur, nach politikwissenschaftlichen Erkenntnisinhalten. So ermittelt er die politiktheoretische Bedeutung von Tönnies' Hauptwerk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ (beide Begriffe im Sinne einer „gegenseitigen Bejahung“, (270). Der Autor hebt hervor, dass Tönnies so etwas wie einen Begriff von politischer Subjektivität entwickelt habe (271). Tönnies ist nicht nur der

erste ernstzunehmende Hobbes-Interpret deutschsprachiger Zunge und damit für die politische Ideengeschichte eine gewichtige Quelle. *Carsten Schlüter-Knauer* stellt Tönnies als Theoretiker der Demokratie vor. Dabei hebt er den Wandel dieser Konzeption hervor: von einem platonisch-hobbesianischen Modell (in den 1870er Jahren) verläuft die Entwicklung hin zu einer plebiszi-tär-radikaldemokratischen Theorie (in Weimar, 284ff.). Leider vermisst man einen Bezug auf die „Kritik der öffentlichen Meinung“, das zweite Hauptwerk Tönnies', dessen politische Implikationen „klassischen“ Charakter haben. Breite Würdigung findet das von Bernhard Harms gegründete Kieler „Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr“ (*Alexander Wierzock/ Sebastian Klauke*, 293-323). Im Mittelpunkt stehen dabei die Arbeiten junger Sozialwissenschaftler wie Karl Albert Gerlach, Annemarie Hermberg, Paul Hermberg, Alfred Meusel, die im Nebel der Wissenschaftsgeschichte verschwunden sind. Besonders Meusels Theorien über den „Radikalen“ und den „Abtrünnigen“ sind beachtenswert (315ff.). Nachdem nun die „Vorgeschichte“ der Kieler Politikwissenschaft durchleuchtet ist, setzt die Darstellung der eigentlichen Institutsgeschichte nach 1945 ein, die bis in die 1990er Jahre, der Ära des aggressiv geführten Lagerkampfes zwischen den beiden Professoren Werner Kaltefleiter und Wilfried Röhrich, herangeführt wird. Die zentrale Figur der Kieler Politikwissenschaft war zweifelsohne Michael Freund. Seine Haltung im und zum Dritten Reich ist Gegenstand einer lebhaften Debatte, nicht nur in Kiel. War er bestimmt auftretender Akteur oder „Verstrickter“, Überzeugungstäter oder Opportunist, der eigentlich

nur schreiben wollte und daher zu vielen Zugeständnissen an die Machthaber bereit war? War er ein zielbewusster Karrierist oder ein realitätsblinder Intellektueller? Über diese Zeit in Freunds Biographie hat *Birte Meinschien* bereits eine Monographie vorgelegt. Hier geht sie zudem auf Freunds Berufung und die näheren Umstände ein und schildert die Gründungsgeschichte des Instituts (327-368). Die Eigenart, ja, die Eigenwilligkeit, mit der Freund Politikwissenschaft betrieben hat, kommt vielleicht in der Bewertung der Autorin zum Vorschein, wo sie zeigt, dass für Freund dieses Fach mehr war als nur „eine monolithische Demokratiewissenschaft“ und dass bereits „frühe Nuancierungen“ bei ihm zu beobachten seien (368) – ein Euphemismus, da er seinen politischen Realitätssinn in einer geradezu naturalistischen Geschichtsschreibung, in der Dämonisierung von politischer Macht verkörpert sah und in der Disziplin einen eher unüblichen a-normativen Akzent setzte. In den beiden folgenden Beiträgen werden inhaltliche Setzungen und Anschauungen Freunds zur Kenntnis gegeben. *Philip Eulenberger* geht auf Freunds so genanntes „ungeschriebene(s) Buch ‚Der falsche Sieg‘“ ein, das dem Sorel’schen Denken gewidmet ist (369-389). Freund hatte 1944 eine Kompilation von „Worte(n) aus Werken von George Sorel“ veröffentlicht, die zweifelsfrei antisemitische, antidemokratische, rassistische und ähnliche Positionen des Franzosen enthielt, aber auch Gedanken, die zur Legitimation von Faschismus und Nationalsozialismus eingesetzt werden konnten. Die Frage, die der Autor aufwirft, ist, ob hier der „wahre“ Freund gesprochen, oder ob die NS-Zensur ihre Hände im Spiel gehabt habe (380).

Eulenberger verneint dies (381), attestiert vielmehr Freund, dass er nicht als Nationalsozialist zu bezeichnen sei; vielmehr sei er eher ein Repräsentant von Opportunismus und Flexibilismus (386). Freund habe die Auswahl so „destilliert“, „dass es den ambivalent interpretierbaren Sorel auf eine gewünschte Richtung trimmt.“ (387). Freund wollte eben nichts anderes als publizieren. Ob das nicht zu einfach gegriffen ist? Freunds Revolutionsauf-fassung behandelt *Catharina J. Nieß* (391-424) unter dem Eindruck der Studentenbewegung bzw. des „Faschismus-Vorwurfs der 68er“ gegenüber dem Wissenschaftler. Höhepunkt der Krisis bildete die Institutsbesetzung im Juni 1969 und der Vorwurf, Freund habe sich als „Verfasser nationalsozialistischer Propaganda“ korrumpieren lassen (405). Referenztext der linken Kritik war das schon erwähnte Sorel-Buch. Die Autorin meint, dass die Studierenden „die Ambivalenz in der sprachlichen Gestaltung des Textes“ nicht wahrgenommen hätten (409). Sie zitiert aus einem Brief Freunds an die „Parteiämliche Prüfungsstelle zum Schutz des nationalsozialistischen Schrifttums“ vom März 1936, aus dem Freunds positives Verhältnis zum Dritten Reich ersichtlich werde (417f.). In einem Schreiben von 1946 gibt, wie die Autorin anmerkt, Freund den geläuterten Intellektuellen, der, wie er einräumt, das Land 1933 hätte verlassen müssen. Sein Freiburger Doktorvater Gerhard Ritter und sein Freund Andreas Gayk, einflussreicher SPD-Oberbürgermeister von Kiel, schienen so von Freund eingenommen, dass sie ihn als „aufrechten Demokraten“ rehabilitiert haben (421f.). *Nieß* kommt zu dem Urteil, dass Freund keineswegs als „Widerständler“ anzuerkennen sei

(423). Der „innere Dogmatismus“ jeglicher Revolutionsentwürfe machten Freund zu einem erklärten Gegner radikaler gewalttätiger Umwälzungen (424). Nach dem Abgang Freunds sedimentierte sich in Kiel eine Epoche der theoretischen, politischen, aber auch zwischenmenschlichen Verwerfungen, die sich lähmend auf eine kontinuierlich produktive Entwicklung des Faches in Forschung und Lehre auswirkte. Freunds Nachfolger Kaltefleiter, der aus der Hermens-Schule kam und CDU-Mitglied war, war ein Repräsentant der empirisch-analytischen Politikforschung und kultivierte geradezu seine Idiosynkrasien gegenüber neomarxistischen und demokratiekritischen Ansätzen. Der von Carlo Schmid in Frankfurt promovierte Wilfried Röhrich war ein Anhänger der „Kritischen Theorie“ und verfocht ein emanzipatorisches Erkenntnisinteresse. Der circa zwanzig Jahre währende Konflikt wird von *Katia H. Backhaus* sehr ausführlich dargestellt (427-474). Waren die 1970er Jahre durch institutionelle Wandlungen geprägt, nahm der akademische Streit in der folgenden Dekade an Fahrt auf (449ff.): antagonistische wissenschaftstheoretische Auseinandersetzungen, die sich auch in studienstrukturellen Reformulierungsbestrebungen ausdrückten, Kaltefleiters Projekt eines „Instituts für Sicherheitspolitik“, die „Summer Courses of National Security“, die in den Augen der kritischen Studenten Kaltefleiters „ult-rarechte“ Anschauungen offenlegten (459), das persönliche Zerwürfnis der beiden Professoren – das waren die Hauptkonfliktzonen. Die 1990er Jahre werden als Phase des „Niedergangs“ bezeichnet (464ff.). Der begann zu eskalieren, eine Spaltung des Instituts lag im Bereich des Möglichen, das Institut

hatte eine katastrophale Außenwahrnehmung, weit über Kiel hinaus, die persönlichen Animositäten griff die Substanz des Instituts an. Die Autorin stellt vermittelnd fest, dass beide Professoren, auf je eigene Weise natürlich, auf eine „Modernisierung“ von Forschung und Lehre drängten, wobei es kein Miteinander gab, sondern sich beide Richtungen in jeweiligen Parallelwelten entwickelten (473). Die beiden Beiträge über das Fach der ökonomischen und politischen Bildung in Schleswig-Holstein (*Klaus-Peter Kruber*, 475-480) und über die Abspaltungsgeschichte der DGfP und das Verhältnis zur DVPW (*Tobias Bartels*, 481-519) wirken im Grunde wie Fremdkörper. Gerade was letzteren Beitrag angeht, sei die Frage erlaubt, warum er hier untergebracht worden ist. Ohne Zweifel stellt jeder Aufsatz in seinen Analysen einen Wert an sich dar. Insgesamt gesehen lassen sich Tendenzen feststellen, die einer gewissen politologischen Spezifik folgen, nämlich der der Aktualitätsversessenheit. So werden in nicht wenigen Beiträgen die einzelnen Gelehrten in ihrem Wirken hartnäckig daraufhin befragt, inwieweit Kompatibilitäten beziehungsweise wenigstens Knotenpunkte gegeben sind, die auf die Erfordernisse einer gegenwärtigen Politikwissenschaft verweisen. Das heißt, urteilsmaßgebend erscheint unter der Hand der Gegenwartsaspekt, und das mehrmals bemühte „avant-la-lettre“-Theorem gelangt in den Rang einer Behelfskrücke für evidente Plausibilitätserwägungen. So stellt *Joachim Krause* seinen Aufsatz über von Stein unter das Motto, was sein Werk für die moderne Politikwissenschaft noch hergebe (181. So auch bei Hasbach (230). So bei Heller, der als „Vater der Politischen Wissenschaft

in Deutschland“ charakterisiert wird (231). *Carsten Schlüter-Knauer* hat bezüglich der politikwissenschaftlichen Relevanz des Tönnies'schen Werks die Antwort zu geben versucht: Es komme eben darauf an, „was als moderne Politikwissenschaft verstanden wird.“ (290). Dieser Sachverhalt führt zu einem zweiten Komplex: Explizit wurde einer personenbezogenen Darstellungsweise der Vorzug gegeben (13). In Wirklichkeit wurde aber begriffsorientiert vorgegangen. Überall, wo nominalistisch im Lehrangebot das Wort „Politik“ und konnotative Ausdrücke sich finden ließen, wurden die entsprechenden Autoren, sofern sie als relevant anerkannt wurden, jeweils zum Ausgangspunkt der unterschiedlichen Analysen gemacht, soweit diese sich noch nicht auf eine organisierte Politikwissenschaft bezogen. Die Person

folgte dem Wort beziehungsweise den damit verbundenen Bedeutungszuschreibungen. Und diese Zuschreibungen – das ist ein dritter Fragenkomplex – erscheint eindeutig im Sinne eines Verständnisses von Politik, das gemeinwohl-, oder, um es genauer zu kennzeichnen: demokratiezentriert orientiert ist. Vielleicht erklärt das die Tatsache, dass das Dritte Reich gänzlich ausgespart bleibt. Immerhin gab es in Kiel ein „Institut für Politik und Internationales Recht“. Die streckenweise hysterisch geführte Eschenburg-Debatte hat diese schwierige Materie „Politikwissenschaft im Dritten Reich“ ins Rampenlicht gestellt. Die Rauchschwaden auf diesem „killing field“ sind noch nicht zerstoßen, und auch der Rezensent stochert noch suchend in ihnen herum.

Arno Mohr